

Reichsbürger und Selbstverwalter

Sitz/Verbreitung	NRW-weite Verbreitung
Gründung/Bestehen seit	1985 (Gründung der ersten Reichsbürgergruppierung Kommissarische Reichsregierung (KRR) in Berlin)
Struktur/ Repräsentanz	Die heterogene Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter besteht aus einer Vielzahl von Einzelpersonen und Kleingruppen, die zum Teil miteinander kooperieren, sich zum Teil aber auch scharf voneinander abgrenzen. Neben kleinen, sektenartigen Gruppen mit hohem Organisationsgrad gibt es ebenso lose strukturierte Gruppierungen sowie Einzelpersonen, die nur im Internet aktiv sind oder sich an Behörden wenden. Bei der Mehrzahl der Reichsbürger und Selbstverwalter in Nordrhein-Westfalen ist keine feste Organisationsbindung erkennbar.
Mitglieder/Anhänger/Unterstützer 2023	circa 3.400 ➔
Veröffentlichungen	Publikationen wie Flyer, Broschüren, Flugblätter, Postwurfsendungen. Eigene Webseiten der einzelnen Gruppierungen sowie soziale Medien. Offene Briefe, sogenannte „Anordnungen“, „Amtsblätter“ oder „Bekanntmachungen“ an Behörden
Kurzporträt/Ziele	Inhaltlicher Konsens der Reichsbürger-Szene sind Behauptungen, dass das Deutsche Reich in den Grenzen des Kaiserreichs von 1871 beziehungsweise der 1930er- Jahre weiterhin existiere und/oder dass der Bundesrepublik Deutschland die rechtliche Legitimation fehle. Die Bundesrepublik sei eine GmbH und die Behörden deshalb nur „Scheinbehörden“. Teilweise behaupten Reichsbürger auch, dass eine von ihnen geführte kommissarische Reichs-

regierung die Staatsgewalt ausübe. Daraus leiten sie für sich hoheitliche Befugnisse ab. **Selbstverwalter** knüpfen dagegen in ihrer Argumentation nicht an eine staatliche Autorität an. Sie berufen sich auf ein selbst definiertes Naturrecht, wonach sie als Individuen eigene Hoheitsrechte besäßen.

Reichsbürger und Selbstverwalter sprechen gleichermaßen demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab und begehen Verstöße gegen die Rechtsordnung. Die Anhänger sind überzeugt, nach einem von ihnen erklärten Austritt aus der angeblichen Bundesrepublik Deutschland GmbH in der Folge nicht weiter an bestehende Gesetze gebunden zu sein. Teile der **Reichsbürger-Szene** überschneiden sich personell mit der rechtsextremistischen Szene und vertreten rechtsextremistische Argumentationsmuster.

Die Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** lässt sich in drei Motivgruppen unterteilen: erstens Rechtsextremisten, zweitens Verschwörungsmystiker und drittens Personen, die sich finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat entziehen möchten. Im jeweiligen Einzelfall können sich die Motive unterschiedlich mischen. Oftmals haben **Reichsbürger und Selbstverwalter** durch eine Lebenskrise Zugang zur Szene gefunden. Zudem treten in der **Reichsbürger-Szene** häufig Personen mit Verhaltensmustern psychisch Erkrankter auf.

Die Protestveranstaltungen gegen Corona-Schutzmaßnahmen waren in den Jahren 2020/21 ein weiteres Handlungsfeld für **Reichsbürger und Selbstverwalter**.

Reichsbürger und Selbstverwalter haben ein erhebliches Gewaltpotenzial. Wiederkehrend sind Gewaltdelikte und ein teilweise umfangreicher Waffenbesitz in dieser Szene festzustellen. Gerichte, Polizei und Behörden werden in ihrer Arbeitsweise behindert und deren Mitarbeiter eingeschüchtert und bedroht.

Finanzierung

Bei den Gruppierungen durch Mitgliedsbeiträge, Veranstaltungen, Seminare

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Reichsbürger und Selbstverwalter sind verfassungsfeindlich, da sie die freiheitliche demokratische Grundordnung offensiv ablehnen. Dies zeigt sich unter anderem im Verweigern von Steuerzahlungen und dem Nichtanerkennen von behördlichen Bescheiden sowie im Errichten vermeintlich eigener „Staaten“. Gerichten und Behörden gegenüber wird mitunter offen aggressiv aufgetreten. Die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Institutionen bietet hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung, auch wenn diese Bestrebungen nur zum Teil einen eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund, wie zum Beispiel ein gebiets- und geschichtsrevisionistisches Weltbild, haben. Die **Reichsbürger und Selbstverwalter** unterliegen deshalb nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Aktivitäten von Gruppierungen

Die Gruppierung **S.H.A.E.F. Regierungsinstitution Deutschland** gewann ab 2021 innerhalb der **Reichsbürgerszene** an Bedeutung. Die Abkürzung **S.H.A.E.F.** steht für „Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces“, das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Nordwest- und Mitteleuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges. In Tradition an die Namensgebung behauptet die Gruppierung, dass die Bundesrepublik Deutschland bis heute kein souveräner Staat mit legitimer Staatsgewalt ist, sondern sich noch immer unter der Besatzung der Alliierten befindet. Allein deren **S.H.A.E.F.**-Gesetze werden als weiterhin gültig anerkannt. Aufgrund dessen wird staatliches Handeln von etlichen Anhängern als feindliche Bedrohung wahrgenommen. An Behörden und deren Mitarbeiter gerichtete Drohschreiben erscheinen der Anhängerschaft als probates Mittel des Widerstandes gegen die vermeintlichen Unterdrücker. Weiterhin verbreiten sie im virtuellen Raum offensiv reichsbürgertypische Behauptungen. Am 18. März 2023 verstarb die Führungsperson während eines Klinikaufenthaltes. Seitdem sind die Aktivitäten von Reichsbürgern, die sich auf **S.H.A.E.F.** beziehen, merklich zurückgegangen.



Logo von „S.H.A.E.F.“

Der Verein **Erbengemeinschaft Jakob e.V./Nation Ephraim** ist nach eigener Aussage seit 2017 in NRW aktiv. Die Mitglieder stellen sich als Nachfolger der Stämme Israels aus biblischer Vorzeit dar und haben sich angeblich zum Ziel gesetzt, einen neuen Staat nach dem Vorbild des Königreichs David in Israel zu errichten. Der Verein spricht damit dem Staat Israel seine Legitimation ab. Angehörige der jüdischen Glaubensgemeinschaft gelten in den Augen des Vereins als „Zionisten“. In der Öffentlichkeit treten die Mitglieder als vorgebliche Fürsprecher jüdischer Interessen und Gegner des Antisemitismus auf. Dieses vermeintliche Engagement dient dem Verein jedoch lediglich als Fassade. Nach dem Angriff der **HAMAS** auf Israel instrumentalisierte der Verein den Nahost-Konflikt, um durch vermeintliche Spendenaktionen für die israelischen Streitkräfte weitere finanzielle Zuwendungen zu erhalten. Gestützt wird dies durch eine „Vor-Ort-Berichterstattung“ mit Videos aus Israel über den YouTube-Kanal des Vereins. Ob die Berichte tatsächlich aus Israel stammen, lässt sich nicht überprüfen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in der Wahrnehmung der **Verfassungsgebenden Versammlung (VV)** kein legitimer Staat, sondern ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Deswegen arbeitete die **VV** jahrelang namensgetreu an einer neuen Verfassung, die einem neu zu konzipierenden deutschen Staat zugrunde liegen sollte. Seit Ende 2022 wird dieses Vorhaben aber nicht mehr weiterverfolgt. Stattdessen setzt man stärker darauf, angebliche Parallelstrukturen zur Bundesrepublik Deutschland unter der Bezeichnung **Vereinte Nation wenea** zu entwickeln. Das sogenannte „Manifest“ bildet die Rechtsgrundlage. Eine „Verwaltung“ regelt in den jeweiligen Bereichen die administrativen Angelegenheiten, während die **wenea Akademie** Wissen ver-

mitteln und schon die Kinder im Sinne der Gruppierung unterweisen soll. Das **wenea**-Gesundheitshaus will das körperliche Wohlbefinden der Mitglieder garantieren und künftig entsprechende Listen von medizinisch geschulten Fachleuten bereitstellen. Treffen der Mitglieder sollen künftig innerhalb der jeweiligen **wenea**-Gemeinde vor Ort eigenständig organisiert werden. Für NRW sind aktuell 33 dieser „Gemeinden“ gelistet. Tatsächlich handelt es sich bei **wenea** um mehr Schein als Sein. Kaum eines der angekündigten Vorhaben konnte bislang ansatzweise realisiert werden. Handlungsfähig und wirksam ist die **VV** allein bei ihren Propaganda-Aktivitäten. Dazu fungiert das **ddbradio**, ein von der gruppierungseigenen **Deutsche Depeschen Bild- und Tonagentur/ddb** betriebenes Webradio, als Sprachrohr für eigene Inhalte. Neben der Verbreitung von gängigen Verschwörungserzählungen wie der „New World Order“ wird darüber hinaus in reichsbürgertypischem Duktus zu aktuellen Themen berichtet.

Der Fantasiestaat **Königreich Deutschland (KRD)** versucht weiterhin neue Mitglieder und vor allem Geldgeber zu gewinnen, um sogenannte autarke „Gemeinwohldörfer“ aufzubauen. Im Jahr 2023 gab das **KRD** an, dass es in Nordrhein-Westfalen neue **KRD**-Betriebe gäbe. Die Internetseite wirbt unter der Überschrift „Freies Unternehmertum im Königreich Deutschland“ unter anderem damit, dass Unternehmen, die ihren Firmensitz in das **Königreich Deutschland** verlegen, so in ein steuerfreies Wirtschaftssystem gelangen würden. Hier geht es den Gewerbebetreibenden in erster Linie darum, sich der Steuerpflicht zu entziehen. Das **KRD** wiederum will neue Mitglieder gewinnen und damit weitere Einnahmen generieren. Die Voraussetzung, um den Firmensitz in das **KRD** zu verlegen, ist die Teilnahme an einem zweitägigen



Ankündigung eines Seminars des „Leucht-Turm“-Teams auf Telegram

kostenpflichtigen Seminar zu den Themen „Grundlagen des freiheitlichen Unternehmertums“ und „Gestaltung des eigenen KRD-Unternehmens“. Durch die Seminare nimmt das **KRD** wiederum Geld ein. So gibt es seit Anfang 2023 eine neue Internetpräsenz namens **LEUCHT-TURM**. Über diese werden vermehrt „Vor-Ort-Veranstaltungen“ – mit dem Schwerpunkt im Raum Köln – angeboten. Zum sogenannten **LEUCHT-TURM**-Team gehören vier sogenannte „Vortragsredner“, die vom **KRD** zu „lizenzierter **KRD**-Partnern“ ausgebildet wurden, um selbständig **KRD**-Vorträge und Systemausstiegs-Seminare halten zu können.

Aus der 2018 gegründeten Reichsbürgergruppierung **Bismarcks Erben** entstanden 2019 die Substrukturen **Ewiger Bund** und **Vaterländischer Hilfsdienst (VHD)**. Ge-gründet wurde der **VHD** mit der Zielsetzung, das „Deutsche Kaiserreich“ wieder neu aufzubauen und handlungsfähig zu machen. Der **VHD organisierte auch im Jahr 2023** in Nordrhein-Westfalen wieder Zusammenkünfte, zu denen auch Kinder mitgebracht werden konnten. Diese fanden unter anderem in Unna und im Raum Geldern statt.

Seit Beginn dieses Jahres ist ein starker Anstieg von vorgefertigten Fax-Schreiben der Organisation **Indigenes Volk der Germaniten (IGV)** auch an nordrhein-westfälische Behörden zu verzeichnen, in denen sich Personen als Angehörige der genannten Organisation bezeichnen. Ebenso wurden Musterformulare bekannt, mit denen man bewegliches und unbewegliches Eigentum, an die nach Eigenangabe im Jahr 2010 gegründete Gruppierung, übertragen können soll. Vereinzelt wurde festgestellt, dass Personen, die bis zum Verbot im Jahr 2020 bei der **Vereinigung Geeinte Deutsche Völker und Stämme** aktiv waren, nun zum **IGV** gewechselt sind.

Das **IGV** reklamiert für sich, nicht dem Recht der Bundesrepublik Deutschland zu unterliegen. Lediglich die entsprechenden Resolutionen der UN-Generalversammlung und völkerrechtlichen Verträge, die für andere Indigene geschlossen wurden, dürften angewandt werden. Das Bundesverwaltungsgericht hatte 2017 entschieden, „Indigene Germaniten“ nicht als Volk anzuerkennen.

Einschüchterung und Gewalt

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen teilweise, Amtshandlungen der Beschäftigten von Kommunen, Justiz und Polizei digital zu dokumentieren. Auf diese Weise entstandene Videos und Audios werden unerlaubt im Internet verbreitet. Dabei wird das Material oft so zurechtgeschnitten, dass die Behördenmitarbeiter inkompetent oder überfordert wirken. Diese Strategie zielt darauf ab, die Bediensteten einzuschüchtern und sie künftig von ihrem Handeln abzuhalten. Einige **Reichsbürger und Selbstverwalter** gehen darüber hinaus und bedrohen Behördenmitarbeiter und begehen sogar Körperverletzungsdelikte.

Reichsbürger und Selbstverwalter verüben aber nicht nur situativ Gewalt, sondern ein kleiner Teil der Szene ist zudem bereit, Gewalt zur Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung einzusetzen. Das Landgericht Stuttgart verurteilte im November 2023 die **Gruppe S.** wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Darunter waren zwei Reichsbürger aus Nordrhein-Westfalen. Der eine wurde wegen der Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie vorsätz-

licher Zuwiderhandlung gegen ein Waffenbesitzverbot zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt, der andere wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von jeweils zwei Jahren und sechs Monaten. Die **Reichsbürger-Gruppierung um Heinrich XIII Prinz R.** hatte einen Staatsstreich beabsichtigt. Gegen 27 Personen erfolgen dazu im Frühjahr 2024 Verfahren vor den Oberlandesgerichten Stuttgart, Frankfurt und München. Es ist zu erwarten, dass weitere Anklagen gegen die bisher noch nicht angeklagten Beschuldigten im Jahr 2024 erfolgen werden. Zu den Beschuldigten zählt auch eine Polizistin aus Nordrhein-Westfalen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen durch ihre Aktivitäten eine sachgerechte Arbeit der Behörden zu behindern. Davon sind insbesondere die Kommunen betroffen. Dies schließt auch Einschüchterungsversuche und Gewalttaten gegen Beschäftigte von Behörden ein. Häufiges Feindbild sind dabei der demokratische Rechtsstaat und seine Repräsentanten.

Wiederkehrend sind bei **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** gewaltbefürwortende Kommentare, Widerstandshandlungen und der Fund illegaler Waffen festzustellen. Deswegen bewertet der Verfassungsschutz diese extremistische Szene weiterhin als Bestrebung mit erheblichem Gewalt- und Gefährdungspotenzial.